

# MARKT UND MEHRHEIT

(AUSZUG)

*Heike Göbel*

*30. Oktober 2006 - Obwohl Fundament des gesellschaftlichen Wohlstands, drohen der Markt und sein Grundprinzip, der freie Wettbewerb, in Deutschland zunehmend in die Defensive zu geraten. Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, gehört zu jenen, die seit langem auf die damit verbundenen Gefahren hinweisen. In ihren Beiträgen setzt sie sich engagiert für das Marktprinzip ein und arbeitet dessen Vorzüge ebenso sachkundig wie anschaulich heraus. Anfang September wurde sie dafür mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet. Wir dokumentieren Auszüge aus ihrer Rede anlässlich der Preisverleihung.*

Wir leben in einem Land, in dem das Soziale viel, ja immer mehr gilt, der Markt augenscheinlich immer weniger. Sorgen macht sich eine Mehrheit nicht um die Fundamente unserer Wirtschaftsordnung: Wettbewerb, Vertragsfreiheit, Privateigentum und stabiles Geld. Ungleich größere öffentliche Aufmerksamkeit als auf diese für die Freiheit des Einzelnen essenziellen Prinzipien richtet sich auf eine gerechte Verteilung des Marktergebnisses durch den Staat und auf die Gewährleistung sozialer Sicherheit, die viele dem Markt nicht zutrauen.

Die Skepsis, mit der Demoskopien zufolge die Mehrheit in Deutschland den Markt mittlerweile betrachtet, hat viele Gründe. Ausgangspunkt ist das Spannungsverhältnis zwischen dem Marktprinzip als dem besten bekannten Weg zur Verteilung knapper Güter und dem Mehrheitsprinzip als dem besten Weg, politische Freiheit zu gewährleisten: Auf dem Markt zählt aber zuvorderst der Einzelwille, in der Demokratie hingegen vor allem das Kollektiv, der Mehrheitswille. Wer friedlich etwas verändern will, ist in der demokratischen Gesellschaft darauf angewiesen, möglichst viele Mitstreiter zu finden. Eine stabile demokratische Gesellschaft bedarf aber beider Organisationsprinzipien, des individualistischen Marktprinzips und des kollektivistischen Mehrheitsprinzips – auch wenn sie schwer ins Gleichgewicht zu bringen sind.

Der Markt ist ein Instrument, mit dessen Hilfe das Individuum seine wirtschaftlichen Ziele friedlich und effizient verfolgen kann, und zwar zum Nutzen auch des anderen, seines Gegenüber. Die Regeln des Marktes sorgen dafür, dass nicht die Logik des Kollektivs gilt, sondern die des Einzelnen.

Die Freiheit, individuelle Verträge am Markt zu schließen und dadurch Güter und Dienste zu tauschen, hat ihren Preis. Es gibt keine Garantie, dass sich ein Vertragspartner zu den erwünschten Konditionen findet. Niemand garantiert den Markterfolg. Das Handeln am Markt geht einher mit Unsicherheit: Der Markt ist unbequem.

Nicht nur das: Marktergebnisse – Preise, Löhne und Gewinne – sind das Ergebnis von Knappheiten. So gewährleistet der Markt, dass Ressourcen dahin wandern, wo sie letztlich zum Wohl des Ganzen den größten Nutzen stiften. Knappheitspreise können aber durchaus dem Empfinden einer gerechten Verteilung widersprechen. Was der Einzelne kann, bewertet der Markt schließlich nie absolut, sondern immer relativ zu den Fähigkeiten der anderen. Der Markt fragt auch nicht danach, ob Fähigkeiten hart erworben wurden oder mit der Geburt in den Schoß fielen. Das schöne Model mag mehr verdienen als der Mann von der Bergrettung, der sein Leben riskiert.

Das hat dem Markt den Ruf eingetragen, unsozial und kalt zu sein, das Schlechte im Menschen hervorzubringen. Dieses Urteil lassen aber selbst jene nicht unbedingt gelten, die von Amtes wegen dem Sozialen näher stehen als dem Markt. Über die ethische Dimension des Marktes sagt Kardinal Lehmann, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz:

„Das individuelle Streben nach Existenzsicherung, Wohlstand und Anerkennung ist nicht möglich ohne Wettbewerb. Dieser fördert Innovationen, weil sich auch der Erfolgreiche nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen kann. Ein solches Selbstinteresse darf nicht einfach mit einer verwerflichen egoistischen Selbstliebe identifiziert werden. Selbstinteresse und Gemein Sinn verschränken sich miteinander und sind beide Grundelemente des menschlichen Verhaltens.“

Und der Philosoph Karl Hohmann merkt an: „Keine Ethik, am wenigsten eine christliche, kann vom Einzelnen verlangen, dass er dauerhaft gegen seine Interessen handelt.“ Individuelles Vorteilsstreben sei – innerhalb einer guten Rahmenordnung – Motor der Solidarität und damit als sittlich erwünscht und gefordert einzustufen. Hohmann schließt daraus: „Ethik und Marktwirtschaft sind kein Widerspruch.“

Doch wie kommt die Mehrheit ins Spiel? Der Markt funktioniert tagtäglich und im Gegensatz zur Demokratie ohne Mehrheitsentscheidungen. Am Markt braucht der Bürger die Mehrheit nicht – ja, wirtschaftliche Freiheit bedarf nicht einmal zwingend der politischen, wie man derzeit in China beobachten kann. Der Umkehrschluss gilt freilich nicht, wie der amerikanische Nobelpreisträger Milton Friedmann in seinem Buch „Kapitalismus und Freiheit“ brillant dargelegt hat. Politische Freiheit lässt sich ohne wirtschaftliche Freiheit nicht sichern.

Der Markt ist allerdings darauf angewiesen, dass eine Mehrheit die ihn konstituierenden Regeln akzeptiert und schätzt. Wettbewerb, Vertragsfreiheit, Privateigentum, stabiles Geld – das sind die Fundamente der Marktwirtschaft. Es reicht aber nicht, diese Regeln einmalig, in einer Art Erhardschen Kraftaktes zu kodifizieren und durch Mehrheitsbeschluss gesetzlich zu fixieren. Eine Mehrheit in der Gesellschaft muss die Regeln der freiheitlichen Wirtschaftsordnung – geschriebene wie ungeschriebene – auch unterstützen und schützen.

Diese grundlegende Akzeptanz des Marktes zu gewährleisten, ist auch nach dem Scheitern des planwirtschaftlichen Gegenmodells der zentralen Verwaltungswirtschaften weder selbstverständlich noch einfach. Im Gegenteil: Es hat den Anschein, dass die Idee einer staatlich geschaffenen Gleichheit durch Eingriffe in die Marktergebnisse wieder stärker fasziniert, seit der Ostblock als abschreckendes Beispiel für staatliche Mangelwirtschaft und Gängelei fehlt.

Die wichtigste Voraussetzung für soziale Sicherheit ist jedoch der über den Markt individuell erwirtschaftete Wohlstand. Zivilisierte Gesellschaften schließen niemanden von diesem Wohlstand aus, der existenziell in Not gerät. Damit diese Garantie nicht ausgenutzt werden kann, braucht es eine gewisse Pflicht zur Mindestvorsorge. Auch diese lässt sich weitgehend über den Markt organisieren.

Doch die Bürger der kontinentaleuropäischen Gesellschaften haben es vorgezogen, dem Staat ein sehr weit reichendes Mandat zu geben, um sie vor den Unwägbarkeiten des Lebens zu schützen. Es ist mehrheitlich gewollt, dass der Staat zu diesem Zweck die Marktergebnisse in hohem Maße korrigiert. Hier beginnt die Misere: Das Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit verletzt die Marktprinzipien und damit die Individualsphäre immer stärker.

Wer die öffentliche Debatte verfolgt, muss Zweifel bekommen, ob der Markt in Deutschland derzeit noch mehrheitsfähig ist. Auch die Demoskopien berichten von einer wachsenden Skepsis in Deutschland gegenüber den Leistungen der Marktwirtschaft. Vom deutschen Wirtschaftssystem hat nur noch jeder vierte Bürger eine gute Meinung. Das ist der geringste Wert seit 15 Jahren. Rund die Hälfte der Bundesbürger stimmte im vergangenen Jahr dem Satz zu „Marktwirtschaft führt automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit und macht Reiche immer reicher und Arme immer ärmer“, berichtete das Meinungsforschungsinstitut Allensbach. Jeder dritte Deutsche hält hohe Gewinne für unmoralisch. Und dass die Globalisierung für Deutschland vorteilhaft sei, glaubt nur jeder fünfte, hat der Bankenverband in diesem Jahr ermittelt.

Aber kann die Zustimmung zum Markt eigentlich größer sein in einem Land, in dem mehr als jeder Zehnte keinen Arbeitsplatz hat, die Sorge um den Arbeitsplatz bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht, Jugendliche schon in der Schule fürchten müssen, später nicht gebraucht zu werden? Liefert die Marktwirtschaft nicht das Gut, das die Voraussetzung für alle anderen ist – die Arbeit – muss sich niemand wundern, dass die Akzeptanz sinkt.

Wer aber versagt hier? Ist es der Markt oder der Staat? Es ist der Staat. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat den Markt für Beschäftigung von Anfang an im Verein mit den Tarifparteien sehr weitgehend außer Kraft gesetzt. Ausgerechnet der Arbeitsmarkt ist in Deutschland kein Markt, der Lohn kein sich frei am Markt bildender Preis.

Das hat vor kurzem erst wieder der renommierte „Economic Freedom Report“ bestätigt, der regelmäßig untersucht, wie es um die wirtschaftliche Freiheit in der Welt bestellt ist. Während Deutschland insgesamt noch ganz gut abschneidet und sich unter den ersten zwanzig der untersuchten 130 Länder hält, ist es um die Freiheit am Arbeitsmarkt schlecht bestellt. Mit Rang 104 gehört Deutschland zu den Ländern mit der umfassendsten Regulierung. Zug um Zug wurde in der Vergangenheit der staatliche Schutz der Arbeitsplatzbesitzer ausgebaut – zu Lasten derer, die eine Stelle suchen: Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung bei Krankheit, das Entsendegesetz, demnächst vielleicht der flächendeckende Mindestlohn. Und als ob das alles noch nicht reichte, redet der Staat nun noch über eine ausufernde Gleichstellungspolitik mit, wenn Unternehmen Stellen besetzen. Ein Eingriff zieht den anderen nach sich.

Wir sollten es aber lieber nicht darauf ankommen lassen, auszuloten, wie viel Staat der Markt noch verträgt. Die mageren Wachstumsraten der vergangenen Jahre sprechen eine deutliche Sprache. Mit dem Motto „so wenig Markt wie nötig, so viel Staat wie möglich“ riskiert Deutschland nicht nur seinen Wohlstand, sondern auch seine offene, freie Gesellschaft.

Auf Dauer kann es sicher nicht gelingen, die notwendige Zustimmung zur Marktwirtschaft allein über das Versprechen einer immer ausgeklügelteren und ausgreifenderen staatlichen Organisation des Sozialen zu gewährleisten. Auf diesem Weg kommen zwangsläufig jene abhanden, die bereit sind, Risiken zu tragen und zu investieren in ihre Ausbildung, in Qualifikationen, in neue Ideen.

Diese Gefahr machen wir uns alle noch zu wenig bewusst. Denn die, die dem Markt da abhanden kommen, kündigen das nicht unbedingt an. Wer nicht mehr investiert, sich weniger anstrengt, weil es sich nicht lohnt, wer das Land verlässt, weil ihm hier der Raum fehlt, seine Talente zu entfalten und die Erträge zu genießen, ist niemandem Rechenschaft schuldig. Der Markt fragt nicht nach den Motiven für Tun und Unterlassen. Und in einer Welt, die auch der Mobilität der Arbeitskraft immer weniger Hürden entgegensetzt, ist auch immer weniger zu erwarten, dass der Frust die Leistungsträger bewegt, politisch aktiv zu werden und Mehrheiten für den Markt zu suchen. Das erscheint ohnehin zunehmend schwierig in einem Land, in dem 40 Prozent der Haushalte einen großen Teil ihres Einkommens über den Staat beziehen.

Demokratie hat ohne die wirtschaftliche Freiheit, die der Markt schafft, keinen Bestand. Der Markt wiederum hat in einer Demokratie keinen Bestand, in der ihm die Mehrheit der Bürger die Unterstützung entzieht. Wegen dieser Wechselwirkung müssen wir alles tun, damit die hierzulande spürbare Marktskepsis nicht die Oberhand gewinnt.